



Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit

Bundesrätin Doris Leuthard

Bundsrats-Medienkonferenz zur Abstimmung vom 8. Februar 2009

08.02.2009, Bern

Für das Ja der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger möchte ich mich herzlich bedanken. Damit haben Sie das Signal auf dem erfolgreichen bilateralen Weg einmal mehr auf grün gestellt und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag an Wohlstand, Beschäftigung und Lebensqualität in der Schweiz gelegt.

Die letzten Jahre haben deutlich gezeigt: Die Personenfreizügigkeit und die Bilateralen Abkommen I sind für das Wachstum der Wirtschaft und für die Schaffung von Arbeitsplätzen entscheidend gewesen. In den kommenden schwierigen Jahren können insbesondere die exportorientierten Unternehmen auf dieser stabilen Basis weiter aufbauen. Gleichzeitig werden auch viele KMU von der Dynamik weiter profitieren, die von diesen Abkommen ausgelöst wurde. Die Bilateralen I tragen dazu bei, dass wir in der rezessiven Wirtschaftsphase weiterhin einen ungehinderten Zugang zum Absatzmarkt in Europa haben. So konnten wir die Exporte in die EU-25 im Jahr 2008 auf hohem Niveau nochmals um 2,74% steigern und den Aussenhandel mit Rumänien gar um 27,34%. Im Jahr 2009 und wohl auch 2010 wird dieser Aussenhandel einbrechen, dank des nun gesicherten Regelwerks aber bleibt die EU der mit Abstand wichtigste Handelspartner. Auf dieser soliden Basis können wir uns nun voll auf die Phase I und II der Konjunkturmassnahmen konzentrieren. Wenn wir es parallel dazu schaffen, die binnenwirtschaftlichen Reformen (z.B. THG) konsequent umzusetzen, wird der Wirtschaftsstandort Schweiz im europäischen Wettbewerb fit und konkurrenzfähig bleiben. Das ist eine wichtige Voraussetzung für eine möglichst rasche Überwindung des heutigen Wachstumseinbruchs.

Neben der Bedeutung offener Arbeitsmärkte hat sich auch gezeigt, wie wichtig die flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping sind. Die Nein-Stimmen sind aber auch ein Zeichen dafür, dass sich viele Menschen in diesem Land Sorgen um ihren Lohn und ihren Arbeitsplatz machen (Gemäss Sorgenbarometer 2008 bereitet die Arbeitslosigkeit mit 53% die grösste Sorge). Deshalb lege ich Wert darauf, dass die Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping weiterhin konsequent angewendet und durch die Erhöhung der Anzahl Kontrollen um 20 % auf 27 000 verbessert werden. EU-Arbeitnehmer sollen hier arbeiten können, aber koordiniert gemäss den Bedürfnissen und der Nachfrage der Betriebe in der Schweiz. Gerade in Zeiten, wo wir viele einheimische Stellensuchende haben, erwarte ich von den Betrieben, dass sie hier rekrutieren.

Mit dem heutigen Volksentscheid wurde einer der drei Pfeiler unserer Aussenwirtschaftspolitik bestätigt. Die vertraglichen Beziehungen mit der EU sind neben unserer Mitwirkung in der WTO und dem Abschluss von zwischenstaatlichen Wirtschaftsabkommen für unser Land von vitaler Bedeutung. Wir werden alles daran setzen, damit diese Beziehungen unserem Wirtschaftsstandort – das heisst Unternehmen und Arbeitnehmern – den bestmöglichen Nutzen bringen.